

Frau Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Reform der GVO-Zulassungen dringend erforderlich

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

am 2. März 2010 hat die demokratisch nicht legitimierte EU-Kommission weitere gentechnisch veränderte Organismen (GVO) zu Anbau und Import sowie zur Verwendung als Futter- und Lebensmittel in der Europäischen Union freigegeben. Noch immer verlässt sie sich bei ihren Entscheidungen auf die EU-Lebensmittelaufsichtsbehörde (EFSA), die nicht über genügend unabhängige Wissenschaftler, nicht über ausreichende Informationen und nicht über ausreichende Mittel für eigene Studien verfügt und daher keine wissenschaftlich fundierten Empfehlungen abgeben kann. Stattdessen stützt sich die EFSA allein auf das Datenmaterial, das sie von den Antrag stellenden Unternehmen bekommt.

Dass die so genannte „substantielle Äquivalenz“ von konventionellen und GVO-Sorten zur hohlen Floskel verkommen ist, zeigte sich im Falle Genmaissorte MON810, die inzwischen in sechs EU-Ländern nicht mehr angebaut werden darf. Und bei der Sorte MON863 hat Monsanto nachweislich brisante Informationen bewusst unterschlagen. Dass dies bekannt wurde, haben wir Greenpeace und der Bundesregierung zu verdanken. Gemeinsam erreichten sie 2005, dass Monsanto durch Gerichtsbeschluss gezwungen wurde, die Ergebnisse von Fütterungsversuchen mit MON863 bei Ratten allgemein zugänglich zu machen. Die Ergebnisse zeigten, dass die Verfütterung von MON863 an Ratten sich auf Leber, Nieren und Blutbild toxisch auswirkte. Was Gentechnikfirmen an weiterem belastendem Material in den Schubladen verschwinden lassen, lässt sich nur erahnen, wenn man sich die Geschichte der Skandale aus Chemie-, Pharma- und Tabakindustrie in Erinnerung ruft. Die grüne Gentechnik löst zudem keines ihrer abgegebenen Heilsversprechen. Im Gegenteil: Bauern werden abhängig gemacht, der Pestizideinsatz steigt, und die Produktivität sinkt.¹

¹ Vgl. Studie unter http://ucsusa.org/food_and_agriculture/science_and_impacts/science/failure-to-yield.html

Angesichts der unzureichenden Risikobewertungsmöglichkeiten sind Zulassungen für Anbau und Import von GVO und deren Eintrag in die Nahrungskette in der EU nicht mehr zu verantworten. Es gilt bewusst wahrzunehmen, dass es noch immer genug konventionelle Alternativen gibt. Das gilt auch für die Genkartoffel Amflora. Sie enthält ein Antibiotikaresistenz-Gen, mit dessen Hilfe geprüft wird, ob die Genmanipulation erfolgreich war. Wegen dieses Gens haben zahlreiche Forscher Bedenken angemeldet und gefordert, dass der Anbau von Amflora in Deutschland unverzüglich verboten wird (wie der Genmais MON810).

Es wird immer dringlicher, das Angebot an gentechnikfreien Saat- und Futtermitteln durch starke Signale auch für die Zukunft zu sichern.

Eurobarometer und nationale Umfragen zeigen immer wieder, dass Deutsche und andere Europäerinnen und Europäer mehrheitlich gegen Gentechnik auf dem Acker, im Futtertrog und auf dem Teller sind. Doch statt diesen Mehrheitswillen durchzusetzen, setzt die EU-Kommission weiterhin stur auf GVO-Zulassungskurs, den sie nun sogar noch heimlich beschleunigen will. So steht auf keiner offiziellen EU-Webseite der Text für die neue Durchführungsbestimmung, mit der die Kommission die Genehmigungsverfahren im Alleingang durch die Hintertür vereinfachen und beschleunigen will.²

Bitte sorgen Sie dafür, dass in Deutschland und in Europa nicht weiter gegen die Bedenken renommierter Wissenschaftler und gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung regiert wird. Setzen Sie sich für ein Moratorium bei der Grünen Gentechnik ein. Fordern Sie eine gründliche Überprüfung der bereits erteilten Genehmigungen sowie eine Reform des bestehenden EU-Zulassungssystems. Künftig muss das Vorsichtsprinzip konsequent angewendet werden; das heißt, Entscheidungen über Einfuhr und Anbau von GVO müssen endlich auf unabhängigen, wissenschaftlich abgesicherten Risikoanalysen basieren statt auf der wissenschaftlich haltlosen Hypothese der substantiellen Äquivalenz („GVO sind genauso ungefährlich wie natürlich gezüchtete Pflanzen“).

Die von der Kommission geplante Nationalisierung der Anbauzulassungen ist ebenfalls keine Lösung; denn GVO machen bei der Verschleppung und der Auskreuzung nicht vor Staatsgrenzen halt. Wir stehen jetzt am Scheideweg. Wenn es um so wichtige Themen wie Ernährungssicherung, Volksgesundheit, Artenvielfalt und Tierschutz geht, brauchen wir dringend ein Vorsichtsprinzip, das bürger- statt industriefreundlich ist. Warten Sie nicht einfach ab, bis vollendete Tatsachen geschaffen wurden. Es ist Ihre Pflicht als Bundeskanzlerin, die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten. Dafür ist es jetzt höchste Zeit!

Mit freundlichen Grüßen

² Der Vorschlag liegt der Welthandelsorganisation zur Stellungnahme mit Frist 13. März 2010 vor, siehe http://members.wto.org/crnattachments/2010/tbt/eec/10_0030_00_e.pdf